

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:
Gefäßstraße 9-5 Ube
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Doumers kapitalistische Sanierung.

Opposition selbst im Kabinett.

Paris, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Finanzminister Doumer hat dem Kabinettsrat die großen Richtlinien seines Sanierungsprogramms unterbreitet. Trotz der Verschwiegenheit der zuständigen Stellen ist es bereits ein offenes Geheimnis, daß Doumer mit seinen Richtlinien im Ministerium auf schärfste Opposition gestoßen ist. Das amtliche Communiqué enthält die Mitteilung, daß die Diskussion über die vom Finanzminister unterbreiteten Vorschläge auf nächsten Dienstag vertagt worden ist. Schon daraus geht hervor, daß Doumer vergeblich die Zustimmung seiner Kollegen zu erlangen versucht hat. Er selbst hat nach dem Kabinettsrat erklärt, daß er sein vor einem Monat, als Doumergue ihn mit der Kabinettsbildung beauftragt hatte, aufgestelltes Programm nicht geändert habe. Diese Mitteilung findet seine Bestätigung in der Meldung einer in der Regel gut unterrichteten Agentur, die am Sonnabend dem Ministerium unterbreiteten Vorschläge wie folgt angeben zu können glaubt: Verdoppelung der Umsatzsteuer, Erhöhung der Tabakpreise und der Zölle und eine Reform des Veranlagungs- und Erhebungsverfahrens für die Einkommensteuer, was eine Mehreinnahme von einer Milliarde ergeben soll.

Es bestreitet sich also, daß Doumer, ganz im Gegensatz zu seinem Vorgänger, fast ausschließlich die indirekten Abgaben zur Beschaffung der für den Ausgleich des Budgets benötigten Mehreinnahmen heranziehen und die Kosten der Sanierungsaktion ausschließlich auf die Schultern der breiten Massen abwälzen will. Er wird nach den Erfahrungen vom Sonnabend zweifellos versuchen, durch entsprechende Abänderungen seines Programms die Widerstände zu beseitigen. Aber selbst wenn das Ministerium sich zu einem faulen Vergleich bereit finden sollte, wird Doumer in der Kammer mit der schärfsten Opposition der Linken zu rechnen haben.

In der Finanzkommission ist es bereits zu scharfen Meinungsverschiedenheiten gekommen, da sie mehrere Forderungen des Ministers grundsätzlich abgelehnt hat. Die drei Gruppen des Kartells, dessen politische Aktionsstrategie nach dem Ausschleiden der radikalen Linken beträchtlich zugenommen hat, beschließen inzwischen, sich auf keine Kompromisse einzulassen und an den Richtlinien, die die vor wenigen Tagen eingeführte gemeinsame Finanzkommission aufgestellt hat, unter allen Umständen festzuhalten. Unter diesen Umständen nimmt die Möglichkeit einer neuen Krise von Tag zu Tag greifbarere Gestalt an.

Erfahrung zum Senat.

Paris, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Eine Erfahrung zum Senat in dem durch den Tod Leon Bourgeois freigewordenen

Genosse Paul Faure gegen Regierungsteilnahme.

Paris, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In einer Versammlung zu Le Creuzot, dem Zentrum der französischen Rüstungsindustrie, sprach sich der Generalsekretär der Partei, Gen. Paul Faure, erneut gegen die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung aus. Er erklärte, daß es in der gegenwärtigen Situation nur die Eventualität eines Kompromisses mit den Finanzmächten oder eines schonungslosen Kampfes gegen sie gebe. Ein Kompromiß sei für die sozialistische Fraktion ausgeschlossen. Diese sei bereit, jede Regierung der Radikalen zu unterstützen, die die Energie aufbringe, endlich das Programm des 11. Mai zu verwirklichen. Finde sich eine solche Regierung nicht, dann werde die Partei vor der Übernahme der Verantwortung nicht zurückweichen. In diesem Falle aber käme nicht die Teilnahme an einem bürgerlichen Kabinett, sondern nur die Bildung der Regierung durch die Sozialisten selbst in Frage.

Die Schwerindustrie will die Inflationsprofite behalten.

Paris, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der von den industriellen Verbänden Nordfrankreichs gemachte Vorschlag einer von der Privatwirtschaft garantierten Anleihe zur Stabilisierung der französischen Währung, mit dem sich am Sonnabend nachmittag der Kabinettsrat beschäftigt hat, stößt in den politischen Kreisen auf eine mit starker Skepsis gemischte Zurückhaltung. Die unter dem Einfluß der Schwerindustrie stehende Rechtspresse, die mit Rücksicht auf den starken Eindruck, den der Vorschlag auf die öffentliche Meinung gemacht hat, ihn nicht offen abzulehnen wagt, führt immerhin gegen ihn alle möglichen Argumente ins Feld, die auf den Hüttenverband zurückgehen. Die Schwerindustrie sträubt sich natürlich, angesichts der beträchtlichen Ausfuhrprämien, die sie aus dem Fallen des Franken zieht, mit Händen und Füßen gegen eine Stabilisierung der Währung, die ein Ende der Valutagewinne bedeuten würde. Aber auch bei der Linken stößt der Vorschlag auf Mißtrauen, da allerlei Bedingungen daran geknüpft sind, die in erster Linie auf wesentliche Erleichterungen der Steuerlasten hinauslaufen. Dazu kommt, daß es sich einstweilen nur um unverbindliche Anregungen handelt, für die konkrete Unterlagen fehlen, und daß die von den Industriellen zu leistende Garantie für die Stabilisierungsanleihe nur „moralisch“, nicht etwa materiell sein soll.

Zurück ins Mittelalter!

Der Faschismus läßt die Zünfte auferstehen.

Cugano, im Dezember 1925.

Das neue italienische faschistische Gesetz über die gewerkschaftlichen Organisationen und die Schiedsgerichte für Arbeiter und Unternehmer geht von dem Standpunkt aus, daß das Verhältnis von Arbeit und Kapital durch ein staatliches Organ keine Regelung finden kann und soll. Wie zur Zeit der Gilden und Zünfte das Handwerk und der Handel einer willkürlichen Regelung unterworfen wurden, will man heute die Großindustrie und die Landwirtschaft in ihren Beziehungen von Kapital und Arbeit behördlich regeln.

Was die Analogie mit dem Mittelalter betrifft, so vergißt man, daß der moderne Kapitalismus und die Großindustrie die Zünfte gesprengt haben, daß die Herrschaft der Zünfte eine Art Selbstregierung der Produzenten darstellte, die das Ansehen und die Geschäftlichkeit des betreffenden Gewerbes hoch halten und die Konkurrenz vermindern sollte, also vor dem Auseinanderklaffen der Produktion in Kapital und Arbeit lag, und daß es sich vorwiegend um eine Regelung handelte, die beschränkte Territorialgebiete umfaßte.

Zieht man gar, wie das von faschistischer Seite geschehen ist, eine Parallele zwischen den obligatorischen Schiedsgerichten für Arbeiter und Unternehmer und der richterlichen Funktion, die überall vom Staate ausgeübt wird, so hinkt der Vergleich noch mehr. Der Richter wendet ein kodifiziertes Recht an. Die staatlichen Schiedsgerichte sollen aber das Recht, das sie anwenden, selbst schaffen. Gewiß haben wir auch im geschriebenen Recht in einem gewissen Grade einen Niederschlag von Machtverhältnissen, aber dem ganzen Werden der Gesetzgebung wohnt die Forderung inne, die im allgemeinen Empfinden anerkannten Rechte den jeweiligen Machtverhältnissen zu entziehen.

Die geplanten Schiedsgerichte dagegen haben nicht den Rückhalt des kodifizierten Rechtes; sie werden auf Grund der jeweiligen Machtverhältnisse entscheiden. Nicht in dem Sinne, in dem sich bisher die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeiter und Unternehmer vollzogen, bei denen die Arbeiter ihre koalierte Macht, die Unternehmer die ihre in die Waagschale werfen. Sie werden sich vielmehr entscheiden nach der jeweiligen Möglichkeit der Arbeiter und der Unternehmer, auf die Regierungsorgane zu drücken. Offiziell sind es Staatsorgane, die für ihren Schiedsspruch das Interesse der nationalen Produktion zugrunde legen; tatsächlich handelt es sich um von der Regierung abhängige Beamte, die ihren Spruch auf Grund politischer Präzessionen fällen werden.

Die neue Gerichtsbarkeit ist formell ein Teil der richterlichen Gewalt des Staates, in Wirklichkeit aber ein Drauf seiner Exekutivgewalt. Das ist ausdrücklich gegen die Einwände der Industriellen, die das obligatorische Schiedsgericht ablehnen wollten, geltend gemacht worden. Der Vorsitzende des Unternehmerverbandes sagte in der Kammer: „Wir können das obligatorische Schiedsgericht für die Industrie nicht annehmen,“ worauf ihm der Führer der faschistischen „Gewerkschaften“, Rossini, antwortete: „Aber ihr habt in uns eine Garantie. Der faschistische Syndikalismus wird nie tolle Forderungen stellen.“ Noch deutlicher hat es Mussolini gesagt:

„Die Korporationen sind faschistisch; soweit sie diesen Namen tragen und im Schatten des Littorenbündels handeln wollen, müssen sie ihre Aktion kontrollieren und nichts tun, was die produktive Leistungsfähigkeit der Nation vermindern oder der Regierung Schwierigkeiten machen könnte. Außer der Kontrolle, die die faschistischen Korporationen über sich selbst ausüben werden, haben wir auch die souveräne Kontrolle der Regierung. Was ist in diesen drei Jahren (sinditaler) Praxis getan worden? Ich bin nicht der Sekretär der Korporationen, aber es hat sich keine große gewerkschaftliche Frage ergeben, in der Industrie, im Handel, ... in der Schifffahrt und zuletzt in der Organisation der Buchdrucker, die nicht von mir geprüft oder auch gelöst worden wäre. Da die Dinge so stehen, glaube ich, daß der Zentralföderation der Unternehmer einen Schritt vorwärts machen kann, und er wird es tun, auch deshalb, weil ich bestimmt glaube, daß die Vorteile bei weitem größer sein werden als die Mißbilligkeiten.“

Am allerdeutlichsten drückt sich das Organ der italienischen Schwerindustrie aus, das in der Sauche des römischen Journalismus gedeiht; es sieht schon Italien alle Nationen mit menschlichen Arbeitsbedingungen auf dem Weltmarkt besiegen und schreibt frohlockend: „... man vertraut also darauf, daß die italienische Produktion sich in Zukunft mehr als je gegenüber der ausländischen Konkurrenz auf die neue disziplinierte Solidarität stützen kann, auf die Frucht des hohen Gebotes des Duce.“

Dies ist, wie heute die Phrase in Italien lautet, das „politische Klima“, in dem das neue Gesetz gereift ist: die Regierung liegt in Händen einer Partei, die von den Unternehmern ungeheure Geldpoker gefordert hat und noch heute fordert. Revanchiert hat sich diese Regierung bisher durch Beseitigung der Arbeiterorganisationen und ihrer Rechte; die Unternehmer verlassen sich weiter auf sie, zahlen mit Zähneklirren, vertrauen aber auf die Ueberlegenheit, die ihnen aus ihren Zahlungen erwächst und sind mit Mussolini überzeugt, daß die Vorteile bei weitem größer sein werden als die Mißbilligkeiten.“

Das Spiel mit der Diktatur.

Vorsicht! Sprengladung!

Eine Lösung der Regierungskrise ist im Augenblick noch nicht sichtbar, da die Bildung einer stabilen Reichstagsmehrheit unmöglich ist. Zentrum und Demokraten sich aber vorläufig weigern, an einer Minderheitsregierung teilzunehmen. In solchen Zeiten wird das Gerede von der Diktatur unvermeidlich. Daß man aber auch im Lager der Rechten zu begreifen beginnt, wie wenig mit solchen Redereien geschafft ist, zeigt ein Artikel des „Tag“, in dem es heißt:

Auf den Bankrott der Arithmetiker und Programmhelden auf den parlamentarischen Teppichen pflegt gewöhnlich der Ruf nach der Diktatur zu folgen. Aber wir haben gelernt, auch mit diesem explosionshaltigen Begriff vorsichtig umzugehen. Sonst könnte ein Schrei nach dem Diktator ein ebenso tragisches Echo finden wie der Schrei nach der Großen Koalition. Man darf sich heute unter einer Diktatur nicht mehr jene altrömische Einrichtung vorstellen, daß nicht plötzlich von einem Manne alles erwartet, wie die Römer einst von Cincinnatus, da sie ihn von der Pflugshare hielten. Die modernen Staatsverhältnisse sind in sich so unendlich schwierig gestaltet, daß auch eine Kraftnatur seltensten Ausmaßes die Fülle der Erscheinungen unmöglich meistern kann.

Die „Tägliche Rundschau“ macht dem Zentrum schwere Vorwürfe, weil es sich weigert, eine Regierung der Mitte mitzumachen, und meint dann:

So wie die Dinge liegen, wird man voraussichtlich im Januar von neuem versuchen, die Regierung der Großen Koalition zu bilden. Daß ihre Aussichten nach dem kläglichen Zusammenbruch der bisherigen Verhandlungen gemessen sind, wird kein Mensch behaupten wollen. Die Regierung der Mitte wird, wenn Zentrum und Demokraten auf ihrem ablehnenden Standpunkte beharren, kaum erst versucht werden. Eine Beamtenregierung hätte wenig Aussicht auf Bestand. Bleiben nur übrig: ein neues Ermächtigungsgesetz an die Regierung oder die Reichstagsauflösung, die in diesem Winter auf jeden Fall verhängnisvolle Folgen haben müßte. Kann der Reichstag die Regierung nicht schaffen treiben die Parteien weiter Abstinenzpolitik gegenüber dem Verantwortungsbewußtsein, so bleibt kein anderer Ausweg. Der Reichspräsident von Hindenburg und die Männer der heute noch amtierenden Regierung haben dieses Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Staat und der Wirtschaft.

Wenn die Volkspartei bei ihrer bisherigen zweideutigen Haltung gegenüber den sozialdemokratischen Forderungen verharrt, bleiben die Aussichten der Großen Koalition allerdings gleich Null. Im übrigen braucht man auch zu einem neuen Ermächtigungsgesetz eine Mehrheit, wie überhaupt keine

Regierung regieren kann, wenn sie nicht für ihre Maßnahmen im Reichstag eine Mehrheit findet. Ist eine Regierung, die mit einer Mehrheit regieren kann, unmöglich, dann zeigt die Verfassung allerdings nur noch einen Weg, den der Neuwahlen. Die „verhängnisvollen Folgen“, die diese für die Volkspartei haben würden, können uns nicht schrecken.

Das Kattowitzer Attentat.

Terror gegen das Deutschlandbekenntnis bei der Volkszählung.

Kattowitz, 21. Dezember. (WZB.) Vorgestern Abend gegen 8 Uhr ist ein Bombenattentat auf die „Kattowitzer Zeitung“ verübt worden. Auf bisher unaufgeklärte Weise ist vor und in den Räumen, in denen sich die Rotationsmaschinen befinden, eine größere Menge von Explosivstoffen zur Entzündung gebracht worden. Offenbar war es auf die Zerstörung der Maschinen abgesehen. Die Maschinen sind jedoch unversehrt geblieben. Sämtliche Fenster des Hauses sind zertrümmert. Die Explosion war so gewaltig, daß die Tür, die von der Tereinfahrt nach dem Hof führt, aus den Angeln gehoben wurde. Das im Hofe befindliche Baugerüst ist zusammengestürzt. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Ueber die Ursache des Attentats wird noch berichtet: Am Sonnabend mittag hätte der Deutsche Volksbund für Oberschlesien in der „Kattowitzer Zeitung“ einen Aufruf erlassen, in dem er darauf aufmerksam machte, daß das verfassungsmäßige Recht und die moralische Pflicht der Deutschen in Polnisch-Oberschlesien sei, sich in den jetzt ausgelegten Listen für die Volkszählung am 31. Dezember als Deutsche zu bezeichnen. In dem Aufruf war auch darauf hingewiesen worden, daß die polnischen Nationalisten durch Terrorakte versuchen würden, die Deutschen von einem Bekenntnis zu ihrem Volkstum abzuhalten. Vor einigen Monaten war ein Papierschuß von der „Kattowitzer Zeitung“ in Brand gesteckt worden.

Eine Betriebsstörung tritt nicht ein; die Rotationsmaschinen, auf die es hauptsächlich abgesehen war, laufen bereits wieder.

Das amerikanische Alkoholverbot.

Verschärfung der Sanktion.

Washington, 21. Dezember. (WZB.) Das Schamant hat eine Verfügung erlassen, die vom 1. Februar ab die Verwendung von Branntwein, Rum und Gin bei der Herstellung medizinischer Präparate, Würstertrotte und Sprups verbietet. Alkohol und Weine können statt dessen verwendet werden. Die Ausführung von ärztlichen Rezepten durch die Apotheker wird durch diese Vorschrift nicht betroffen.

Das Gesetz besteht aus 23 Paragraphen, von denen einige hier angeführt sein mögen:

§ 1 setzt fest, daß Unternehmer sowie Arbeitgeberverbände gesetzliche Anerkennung und Rechtsfähigkeit erlangen können, wenn sie den folgenden Bedingungen genügen: a) bei Arbeitgeberverbänden, wenn ihre Mitglieder wenigstens ein Zehntel der Arbeiter des betreffenden Gewerbes in dem Wirkungsbereich des Verbandes beschäftigen; bei Arbeiterverbänden, wenn ihre Mitglieder wenigstens ein Zehntel der Arbeiter des betreffenden Gewerbes und Gebietes darstellen; der Beitritt muß bei beiden Verbänden freiwillig erfolgen; b) wenn sie außer dem Schutz der wirtschaftlichen und moralischen Interessen der Mitglieder, Wohlfahrt, Bildungs- und nationale Erziehungsziele verfolgen; c) wenn die Führer des Verbandes die Gewähr der Befähigung, Ehrlichkeit und sicheren nationalen Glaubens bieten.

§ 2 bestimmt, daß auch die Angehörigen freier Berufe für ihre Vereinigungen gesetzliche Anerkennung erlangen können.

§ 4 regelt die Formalitäten der gesetzlichen Anerkennung, die durch tgl. Dekret erfolgt.

§ 5 setzt die praktischen Folgen der Rechtsfähigkeit für die Syndikate fest. Kraft der Rechtsfähigkeit vertritt das Syndikat der Unternehmer alle Unternehmer seines Territoriums, sie seien Mitglieder oder nicht, das Syndikat der Arbeiter vertritt alle Arbeiter, das der Angehörigen der freien Berufe alle Angehörigen. Diese Nichtmitglieder, die sich zwangsweise von einer Organisation vertreten lassen, der sie nicht angehören, müssen dieser Organisation einen Jahresbeitrag zahlen, der für die Unternehmer nicht mehr als einen Arbeitstag für jeden von ihnen beschäftigten Arbeiter betragen darf, für die Arbeiter und Angehörigen freier Berufe nicht mehr als den Ertrag eines Arbeitstages. Ein Zehntel dieser Zwangsbeiträge ist zur Sicherstellung der von den Organisationen durch Arbeitsverträge eingegangenen Verpflichtungen zu hinterlegen. Die Unternehmer müssen, bei Strafe bis zu 2000 Lire, die Zahl ihrer Arbeiter anzeigen. Die Zwangsbeiträge werden von den Unternehmern und den freien Berufen auf dem für die Gemeindesteuern festgesetzten Wege eingetrieben, für die Arbeiter vom Lohn einbehalten. Nur die Mitglieder nehmen am Leben des Syndikats teil; nur die rechtsfähigen Syndikate dürfen Vertreter entsenden in die Körperschaften, für die das Gesetz die Beteiligung von Unternehmer- oder Arbeitervertretern vorsieht.

§ 6. Für jede Kategorie von Arbeitern, freien Berufen und Unternehmern kann nur ein Verband in dem betreffenden Territorialbereich anerkannt werden; von der Anerkennung ausgeschlossen sind alle Verbände, die ohne Autorisation der Regierung in einem disziplinarischen oder Abhängigkeitsverhältnis zu Organisationen internationalen Charakters stehen.

§§ 7 und 8 regeln die innere Organisation des rechtsfähigen Verbandes. Jeder muß einen Vorsitzenden oder Sekretär haben, der ihn leitet, vertritt, für seine Verwaltung verantwortlich ist und ausschließlich die Disziplinargewalt und das Recht der Ausschließung ausübt. Er wird gewählt oder ernannt, je nach den Satzungen des Verbandes; Wahl oder Ernennung sind aber nur gültig, wenn sie durch tgl. Dekret auf Vorschlag des Justizministers und des Ministers des Innern bestätigt werden; die Bestätigung kann jederzeit widerrufen werden. Den Vorsitzenden und Sekretären steht ein wählbarer Verwaltungsrat zur Seite; dieser kann vom Präsidenten oder vom Minister aufgelöst und seine Befugnisse können für höchstens ein Jahr dem Vorsitzenden oder Sekretär übertragen werden. In ersten Fällen kann auch ein außerordentlicher Kommissar mit der Verwaltung betraut werden.

§ 10 betrifft die Tarifverträge. Die von den gesetzlich anerkannten Syndikaten abgeschlossenen Tarifverträge sind für alle Arbeiter, freien Berufe und Unternehmer verbindlich, die das betreffende Syndikat vertritt. Sie sind nur bei schriftlicher Abfassung gültig.

§ 11 bezieht sich auf die Einschränkung und Aufhebung des Koalitionsrechts. Die Angestellten des Staates, der Provinzen, der Gemeinden und der öffentlichen Wohlfahrtsanstalten sind von den Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes ausgeschlossen, in Ermartung besonderer Bestimmungen.

§ 12 erkennt die Erstinstanzberechtigung der nicht anerkannten Verbände an, die der Heberwachung durch die Präfektur im Sinne des Dekrets vom Januar 1924 unterstehen. (Das Dekret soll ihre statutenmäßige Funktion sichern; da diese nun auf Grund des heutigen Gesetzes von den anerkannten Verbänden monopolisiert wird, muß der Präfekt die „Erstinstanzberechtigten“ unbedingt auflösen.)

§ 13, den Vertreter der Großindustrie erst nach den angeführten Versprechungen Russolins heranzuschicken, hat folgenden Wortlaut: „Alle Kontroversen, die sich auf die Disziplin der kollektiven Arbeitsverhältnisse beziehen, auf die Durchführung von Tarifverträgen oder anderen Vorschriften, oder auf die Forderung neuer Arbeitsbedingungen, unterliegen der Kompetenz der Appellationsgerichte, die als Arbeitsgerichtsbarkeit funktionieren. In allen Fällen ist ein Verhörungsversuch von Seiten des Vorsitzenden des Gerichts obligatorisch.“

§§ 14 und 15 bestimmen die Bildung der Arbeitsgerichte, die aus drei Berufsrichtern und drei Beisitzenden bestehen; diese Beisitzenden werden aus einem Verzeichnis von Sachverständigen in Arbeitsfragen vom Vorsitzenden des Appellationsgerichts ernannt. Mittelbar oder unmittelbar Beteiligte können nicht Beisitzer sein. Alles nähere, besonders die Befugnisse der Beisitzer und die Kriterien ihrer Aufnahme in das Sachverständigenverzeichnis bleiben den Ausführungsbestimmungen vorbehalten.

§ 17 betont das Monopol der anerkannten Organisationen, die allein bei Kontroversen über Arbeitsfragen eingreifen können; wo anerkannte Organisationen nicht existieren, ernannt der Appellationsgerichtspräsident einen besonderen Kurator, in diesem Fall können sich auch die einzelnen Beteiligten bei der Verhandlung vertreten lassen. Die Entscheidung des Gerichts ist für alle Arbeiter, Professionsisten und Unternehmer der Kategorie, auf die sie sich bezieht, verbindlich.

§ 18 formuliert das Aussperrungs- und Streikverbot in folgenden Worten: „Die Aussperrung und der Streik sind in allen Fällen verboten, in denen die Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbarkeit von Gesetzeswegen oder durch Einvernehmen der Parteien obligatorisch geworden ist. Die Arbeitgeber, die ohne gerechten Anlaß und zum alleinigen Zweck, von ihren Untergebenen Veränderungen der bestehenden Arbeitsbedingungen zu erhalten, die Arbeit in ihren Betrieben einstellen, werden mit Buße von 10 000 bis 100 000 Lire bestraft. Im gleichen Falle werden die Angestellten oder Arbeiter, die nach vorhergehendem Einverständnis in der Zahl von drei oder mehr die Arbeit verlassen, mit Buße von 100 bis 1000 Lire bestraft.“

Auch die weiteren Bestimmungen sind lediglich Strafandrohungen gemeldet.

Eine Organisation, die nur 10 Proz. aller Arbeiter des betreffenden Gewerbes umfaßt, kann also die Arbeitsbedingungen auch für die übrigen 90 Proz. regeln und kann von diesen übrigen zwangsweise Beiträge eintreiben lassen. Jede Kontroverse wird einem von der Regierung ernannten Richterkollegium überstellt, das nach ganz verschwommenen Billigkeitserwägungen entscheidet. Für dieses Kollegium kommen die Arbeiter als Macht gar nicht in Betracht, weil sie als legale Macht in Italien nicht mehr existieren, da ihnen die Möglichkeit der Arbeitsverweigerung genommen ist. Dagegen werfen die Unternehmer ihre ungeschwächte wirtschaftliche Macht in die Waagschale. Wenn sie ihre Arbeiter nicht mehr aussperrern können, so können sie der herrschenden Partei ihre Taschen zusperren. Der Berechnung dieser Gebärde werden sich die Richter, die nach der Durchslebung durch die neuen Gesetze übrig bleiben, sicher nicht verschließen können.

Zusammenschluß der sozialdemokratischen Beamten Badens. Am Sonntag wurde in Karlsruhe ein Landesauschuß der sozialdemokratischen Beamten Badens mit dem Sitz in Karlsruhe gegründet.

Gegen das Deutschlandsied in Prager Parlament, das seither die Deutschnationalen angestimmt hatten, demonstrierten tschechische Chauvinisten auf den Straßen Prags. Angriffe auf deutsche Verkehrslokale und Zeitungen verhinderte die Polizei.

## Ein politischer Hochstapler.

Karl Erdmann, der Funktionär der Arbeitgeber-Verbände

Die bisherige Diskussion über die Korruptionsversuche der Propagandastelle der Deutschen Arbeitgeberverbände hat immerhin den einen Vorteil gebracht, daß die Hauptbeteiligten ihre dunklen Mächenschaften allmählich zugeben. Als erster tat es Herr von Böttig, der im Gegensatz zu früheren Ableugnungsversuchen in einer Erwiderung auf die gegen ihn gerichteten Angriffe schließlich erklärte, er habe die Herausgabe von Schriften des „Firn“ und eines diesem nahestehenden Verlages, der „Neuen Gesellschaft“, finanziert und überdies Schriften dieser Verlage aufkaufen lassen. Jetzt meldet sich auch der Agent der Unternehmerverbände, der mit seiner Tätigkeit als literarischer Berater der Herren von Jengen und Dr. Weisinger seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei vereinbaren zu können glaubte, bei uns mit einer längeren Zuschrift zum Wort, deren wesentlichen Inhalt wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. Karl Erdmann erklärt, daß er unter dem schönen Namen: Gesellschaft „Aufbau und Werden“ tatsächlich für die Verbreitung der Schriften des „Firn“ planmäßig und möglichst umfangreich gesorgt habe und führt dann fort:

„Die Kampfmittel der Gesellschaft „Aufbau und Werden“ stammen aus der Hand aller vernünftigen Leute, die sie entnehmen können, wobei ganz selbstverständlich nur solche in Frage kommen, die Mittel haben. Weil es die auch in der SPD. gibt, haben sie gern geopfert. In der Hauptsache kommen die hier erforderlich gewordenen Beträge aus dem Fonds der „Vereinigung der Arbeitgeberverbände“.

Das war gut, vernünftig und wirkungsvoll.“ (!)

Mit Bezug auf diesen Schlußsatz ist allerdings sogar die „DZ.“ als Organ eines Unternehmertums anderer Meinung, die am Sonnabend zu den Propagandamachenschaften der Unternehmer folgendes schreibt:

„Aus der Vereinigung ist oft der von uns nur begrüßte Wunsch laut geworden, die Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in irgendeiner Form wiederherzustellen. Damit vertritt sich aber nicht ein Propagandafeldzug, der über die notwendige soziale Vertretung der berechtigten Arbeitsgeberinteressen hinaus zu etwas dunklen Wegen seine Zuflucht nimmt. Die finanzielle Unterstützung und Abhängigmachung von Verlagen, in denen sozialistische Arbeitnehmer ohne Kenntnis der Zusammenhänge Broschüren veröffentlichen, muß schließlich auf die Beziehungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterschaft vergiftend wirken. Dazu braucht noch nicht einmal der Vorwurf zu kommen, daß auf den Inhalt dieser mit großen Mitteln vertriebenen Veröffentlichungen irgendein Einfluß genommen wird.“

Wie hat nun Karl Erdmann sein Werbehandwerk ausgeübt? Dazu verrät er uns freundlich das Folgende:

„Von vielen mir geeignet erscheinenden Schriften der letzten Jahre, auch von den hier in Frage kommenden, habe ich mir immer die Korrekturbogen verschafft und mit diesen habe ich die Zweckmäßigkeit der Verbreitung mit den mir nahestehenden Herren aus der „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“ besprochen. Aber schon der Versuch Ihrer Gemährten, beides zu wollen, daß am Inhalt der Schriften ein Jota geändert wäre, mit oder ohne Besprechung mit dem Verleger oder den Autoren, ist — ein ganz unerklärlicher Mut.“

Uns erscheint der Mut des Herrn Erdmann, das bestreiten zu wollen, noch unerklärlicher. Er selber hat einem Autor, der Stellen aus einer Korrektur streichen wollte, weil sie nicht von ihm stammten, erklärt, es sei jetzt schon dafür zu spät, die Broschüre sei bereits im Druck und damit die Korrektur verhindert.

Überdies können wir uns der „DZ.“ in der Auffassung ganz anschließen, daß diese Mächenschaften auch dann dunkel sind, wenn keine Beeinflussung der Autoren vorgelegen haben sollte.

Weiter erklärt Karl Erdmann, daß Albert Baumüller weder von ihm noch von seiner Gesellschaft noch von der Ver-

## Jedermann sein eigener Dichter.

Eine Idee von Kurt Offenburg.

Der moderne Mensch kultiviert seine Persönlichkeit. Er hat seinen individuell zugeschnittenen Cutanpan, sein Eigenheim, sein Eigenkleid — warum sollte er nicht seinen eigenen Roman haben? Man badet zu Hause, man rasiert sich selbst — warum dichtet nicht jeder anständige Mensch seinen eigenen Roman?

Diese Beschäftigung hätte alle möglichen Vorteile für sich. Man braucht sich nicht über den Idioten von Autor zu ärgern, der den Helden in einen 30-PS.-Tourwagen setzt, während man einen 60-PS.-Kannwagen vorzieht. Man kann sich die Dame des Herzens auswählen; kann sie blond oder braun machen, mit Vagantkopf oder den Knoten tief im Nacken, kann mit ihr bei Dressel speisen oder in einer Waldschlucht Würstchen essen; kurz, man kann nach Herzenslust individuell sein.

Und weiß Gott, lieber Leser, es ist nicht schwer, Romane zu schreiben; heutzutage, wo die Säuglinge schon mit Federhalter bewaffnet zur Welt kommen und die allgemeine Bildung aufs fürchterliche großfördert! Man muß sich bloß laufen lassen — im Gehirn nämlich. Die meisten Dichter machen es nicht anders. Sie denken, sie wären der oder jener, wünschen sich dies oder das und lassen die Geschichte loslaufen. Möglichst in angenehmer Richtung. Das kann jeder. Und der gute Ausgang, den wir alle wünschen, wäre totfischer, wenn jeder seinen eigenen Roman schriebe.

Rechnen wir von einem großen Haus die Fassade weg, mitsamt den Schildern. „Wasser, Seidenwaren und Schuh“. — Welche Fülle von Belletristik wimmelt in diesem Laden! Mikrobenheere von literarischen Träumen!

Vorn am Eingang sitzt die alte Kassiererin und reißt, wie es scheint, emsig und unermüdet Zahlen an Zahlen; aber in ihrem Gehirn braut ihr großer Roman. Zwanzig Mark. — 25 Mark Zulage im Monat, das macht dieses Jahr — wenn man die Butter spart — 200 Mark, und 800 auf der Sparlatte. . . 15 Jahre mal 200 . . . dann könnte man das Häuschen kaufen. Sie sieht sich vor die Stadt jahren . . . Der Käse mit dem Kanarienvogel muß neben den weißen Gardinen (hoffentlich halten sie noch) am Fenster hängen . . . Sie sieht die gebaltete Dede (Gorn Rr. 100) auf dem runden Tisch vor dem Sofa und die große Meeremuschel zwischen den beiden Rippenfiguren auf der Kommode. Man kommt doch, Gott sei Dank, von etwas Besseren her. De Frau Pfarrer wird sicher mit unserinem verkehren. Die selbige Wutter ist auch schon immer fürs Höhere und Feine gewesen — das hätte sie noch erleben müssen. . . Und die Kassiererin sieht sich mit ihrem stillen und dezentem Wesen in sommerlicher Laube bei Kaffee und Kuchen mit angesehenen Damen. Wie schön, sein eigener Herr zu sein!

Das literarische Werk der alten Kassiererin gäbe eine Idylle. Ein solcher dunkelglühender Verkäufer begleitet mit eleganter Bewegung eine blonde Dame zur Tür. Und als er wieder die Seidenstoffe anzurollen anfängt, unterbricht er seine Arbeit und schweift träumend den Reiterstab wie eine Reitpeitsche vor sich her. — Wie die Klände vorhin beinahe ausgefallen ist! Wenn sie hingefallen wäre, sich den Fuß verstaubt hätte! . . . Er trägt sie zum Wagen, behutsam mit verhaltener Gutm. Er fährt mit ihr nach Hause. Ihre

Dhnmacht ist nicht ganz echt. Er hebt sie auf die Ottomane und läßt ihr kümmlich die Hände, als sie erwacht. Sie läßt ihn zum Tee. Weisheit ist sie eine Gräfin, aber die Luft von Klang und Stand überbrückt die leidenschaftliche Liebe. Und so weiter.

Ueberricht: Der Liebesroman eines schlanken jungen Mannes.

Der jüngste Lehrling schneidet mit Berachtung und stürmischen Wagemut in Futterstoff, den er ausmustern soll. Er schneidet daneben, aber seine Gedanken sind erhaben über sein schmerzhaft empfundenes Ellenrettertum. Seine Ruhesunden gehören dem „Stahlhelm“. Er spinnt zu Hause wilde Pläne, gebeugt über die Karten klassischer Strategen. Auch Napoleon war klein von Gestalt. Und der Lehrling rollt die Augen, zerschneidet den Rattun und besiegt Europa. . .

Heldenepos.

Im ersten Stock steht die Köchin am Herd und schlägt den Augeneck mit kräftigen Armen. Aber die Tränen rinnen in die Lortennase. Biquedame hat dicht neben Herzhube gelegen, gestern abend bei der Wahrlagerin. Die dicke Köchin schluchzt: sie hat sich schon auf dem Tanzboden nichts Gutes gedacht, als ihr Wachtmeister mit der frechen Marie scharmuzierte. Aber die soll sich hüten! . . . Die Köchin schlägt schwer in den Leib.

Vollstünd!

Die Frau des Chefs sitzt im Boudoir vor der Barocktoilette und träumt. . . Vorhang! Das wird eine nicht ganz dezente Ehebruchsnovelle.

Lieber Leser, schöne Leserin: hat nicht jeder Mensch unter der phantastischen Sonne seinen Roman in der Tasche? Der Roman, den er nicht milde wird zu lesen? — Aber eines haben sie alle gemeinsam: diese geträumten Geschichten des Daseins, sie sind noch kitschiger als die Literatur! Der Held oder die Heldin sind überzeichnet, sind so süß und verlogen wie ein jeder sich selbst kennt.

Ah — vielleicht können doch peinliche Dinge heraus, wenn jeder seinen eigenen Roman schriebe! Und das Spöhlste dabei ist: sie wiederholten sich, die Träume, die ein jeder sich ausmunt. Sie sind Plagiate der Seele, Abschriften vergifteter Gefühle, die immer wieder als Originalschöpfungen aufgezogen werden.

Abwärts vom Schema. In Friedrich Rassis Komödie „Die Expedition ins Innere“ gibt es keine dramatische Steigerung und kein Fortschreiten einer Handlung. Sie ist eine Zustandschilderung. In eine Ehe, in der die Frau den Mann anbetet und umgekehrt, in der also der Ehebruch überfällig ist, scheidet ein absonderlicher Apostel hinein, ein Mann, der als Beruf Expeditionen ins Innere der Menschen ausübt. Er befüßt das Innere, den Schädel, das Ohr, den Nacken (der Nacken offenbar den Grad der Sinnlichkeit) und entschleiert dann das wahre Seelenbild. Eine hübsche Spielerei, peinlich zwar, wenn des Wesens Kern in Gegenwart von andern, des Gatten, der Freundin, ans Licht gezerzt wird. Aber höchst prickelnd. Der Nacken nimmt allerorts das Interesse tollstoll in Anspruch. Ja, das ist der ganze Inhalt. Wie man sieht, hat der Autor nicht nach einem der bewährten Rezepte gearbeitet, nach denen sonst die ortsüblichen Schandakle gemixt werden. Das ist, so dünn, so weißschweißig, so blühenertern die Komödie auch sein mag, wohl-

tend und ein schöner Vorzug vor Serienproduktion und bestellter Arbeit. Ueberdies bligt hier und da ein Funken auf, werden freieste Keckheiten mit Anmut ausgesprochen und menschliche Kleinlichkeiten greifbar bildhaft gestaltet. Und das ganze geht lustig gegen die Phylister, Banousen, Spießer. Nicht sternheimsch, jischend und prasselnd, sondern sternheimsch, mit einem gemüthlichen Schmunzeln. Und dann: Friede & Raff hat das Stück so obenhin, aus dem Handgelenk geschleutert, ohne Erfolgslust und ohne Belustigung. Was hätte ein mit allen Wassern gewaschener französischer Bühnentechniker aus dem originellen Stoff gemacht!

Die Komödie vermittelte im Theater in der Klosterstraße ein paar lustige Viertelstunden. Das will was heißen. Denn die Aufführung an sich unterbot bestehende Ansprüche. Von der ordnenden Hand eines Regisseurs war nichts zu spüren. Und wie nötig wäre es gewesen, sich des Fräuleins Eise Ruethel anzunehmen. Diese junge Dame beschäftigt sich den ganzen Abend damit, sich nichts zu geben. Qualvoll! Sie verniedlicht ihre Bewegungen, ihr Lachen, ihre Worte. Und dabei führt sie einen ausichtslosen Kampf mit dem dramatischen A, gepreist bis zur Unerschöpflichkeit. Ein Genuß dagegen der Apostel des Gerb Friede. Die heillose Unbeholfenheit und die milde Sanftheit des volkredernerischen Akteurs verraten exquisite Lustspielbarkeit. Ueber ein solches Talent verläßt auch Annemarie Hale, die einer stlichen Jungfrau prächtige parabolische Züge verlieh. Im übrigen fehlte die Harmonie. Statt dessen gab es ein Vorbeigerebe wie ungeschicktes Stegreifspielen.

Ein halbes Jahrhundert Telephon. Ein halbes Jahrhundert ist in diesen Wochen seit der Einführung der durch den Amerikaner Graham Bell verbesserten Erfindung des Telephons verlossen. 1861 hatte der Deutsche Philipp Reis aus Gelnhausen schon einen brauchbaren Apparat zur „Tonreproduktion auf entfernte Stationen“ hergestelt, dessen erste Vorführung im Hofsaal des Frankfurter Physikalischen Vereins im gleichen Jahre 1861 großen Eindruck machte. Eine zweite ebenso wirksame Vorführung fand 1863 auf der Naturforscherversammlung in Gießen statt. Graham Bell brachte 1875 noch unvollkommene Apparate neuer Konstruktion auf den Markt, die jedoch in wenigen Monaten weltbekannt wurden.

Die Galerie Neumann n. Alendörfer, Alendörfer 32, eröffnet jeden eine Ausstellung neuer, bildreicher Gemälde von Max Beckstein. Ferner gibt die neue Ausstellung Kollektionen von Erich Heckel, Otto Müller, Max Rössel, Anton Derlacher, Richard Guder, Laszlo, George Grosz, Otto Dix und Rudolf Schaller. Während der Weihnachtsferien liegen ausserdem eine große Anzahl Arbeiten junger Künstler aus. Die Ausstellung ist geöffnet von 10—7 Uhr, Sonntags von 11—1 Uhr.

Die Seelische Kunst bloßel. Prinz-Albrecht Straße 7a, bleibt vom 22. Dezember d. R. bis zum 2. Januar 1926 wegen Umstellungs- und Reinigungsarbeiten geschlossen.

Amund ens Maub. Das Expeditionsschiff Amundens Maub, das in Seattle liegt, ist für 40 000 Dollar an einen Amerikaner verkauft worden.

Ein historisches Gebäude in Koptstadt niedergerannt. Groot Constantia, eine der ältesten Baulen aus der ersten Zeit der südafrikanischen Kolonie, ist, wie Reporter aus Kapstadt berichtet, durch Feuer vollständig zerstört worden.

einigung der Deutschen Arbeitgeberverbände irgendwann einen einzigen Bescheid zu erlassen, sei es privat noch sonst irgendwie, erhalten habe. Das Verhältnis zwischen Erdmann und Baumeister wird noch aufzuklären sein.

Erdmann schließt seinen Bericht mit folgenden für seine Person außerordentlich bezeichnenden Worten:

„Den Vorwurf einer „Korruption“ gegen alle Beteiligten bin ich allein aufzugreifen berechtigt. Die Verantwortung übernehme ich gern und werde Ihre Wünsche nach Aufklärung mit einer Bereitwilligkeit erfüllen, die Ihre Erwartungen gemäß übertrifft. Und das soll sehr bald geschehen.“

Diese Drohung, mit der Karl Erdmann verhindern will, daß man sich weiter mit seiner Person öffentlich beschäftigt, kennzeichnet ihn als einen politischen Hochstapler, der Enthüllungen über andere anständig, sobald sein dunkles Handwerk zutage getreten ist. Wir sehen seinen Schritten mit denkbar größter Fassung entgegen. Die Öffentlichkeit, auch die im Unternehmerlager, kann nur dabei lernen, mit wie zweifelhaften Elementen Herren wie Hauptmann a. D. von Zengen und der bekannte Altarmist Dr. Meißinger auf das engste persönlich verkehrt haben, um im Arbeitnehmerlager Verwirrung anzurichten.

## Behrens und die Kartoffeln.

### Ober: die Arbeitgebervereinigung als Bankier.

Der Reichstagsabgeordnete Franz Behrens veröffentlicht in der „Frankfurter Zeitung“ eine Erklärung, die sich mit dem auch von uns erwähnten Darlehen der Arbeitgebervereinigung von 5000 Mark an den Zentralverband der Landarbeiter beschäftigt. Wie erinnertlich, war die Vermutung aufgelaufen, daß dieses Darlehen für den Himmelsstempel Oberleutnant und Ausbruchorganisator Schulz aufgenommen worden ist. Dieser Mann war nämlich vor seiner Verhaftung Angestellter des Zentralverbandes der Landarbeiter, und innerhalb der Arbeitgeberverbände sowohl, wie innerhalb der christlichen Gewerkschaften war schon seit Monaten davon die Rede, daß das Geld tatsächlich für diesen Zweck bestimmt gewesen ist. Franz Behrens, seines Zeichens deutschnationaler Reichstagsabgeordneter und Vorstandsmitglied des genannten Verbandes, erklärt nun, daß die 5000 Mark tatsächlich vom Arbeitgeberverband entlehnt worden sind, aber nicht zur Unterstützung von Schulz, sondern zur Abdeckung von Schulden, die die „Vermögensverwaltung des Zentralverbandes der Landarbeiter G. m. b. H.“ infolge von Verlusten beim Kartoffelgeschäft erlitten haben soll.

Man sieht, es passieren merkwürdige Dinge. Zur Arbeitszeitpropaganda waren die Gelder bestimmt, die die Arbeitgeber durch Umlage bei ihren Organisationen aufgebracht haben. Herr von Zengen aber betätigte sich als Bankier für den Zentralverband der Landarbeiter! Schon das wäre ein ausreichender Skandal. Auffallend aber ist, daß Herr Behrens erst jetzt mit dieser Erklärung herausschreit, nachdem die Öffentlichkeit einen großen Druck ausgeübt hat, um überhaupt etwas von den christlichen Landarbeitern zu hören. Auffallend ist ferner, daß trotz dieser Erklärung es im Lager der christlichen Gewerkschaften doch heute gibt, die die Ueberzeugung vertreten, daß das genannte Darlehen nicht für eine Wirtschaftskriegsorganisation, sondern für den Oberleutnant Schulz persönlich zur Erschließung seiner Haft verwendet wurde. Diese Tatsache wird durch die Erklärung des Abgeordneten Behrens nicht aus der Welt geschafft.

## Antwort an Siemens.

### Die Keme-Mörder aus dem Siemens-Konzern.

Man schreibt uns von unterrichteter Seite: Unter dem Titel „Die Arbeitnehmer des Siemens-Konzerns“ hat die Firma Siemens in der Berliner Presse eine Beruhigungsnotiz veröffentlicht.

Wer den Standpunkt der Firmenleitung kennt, niemals Berichtigungen gegen Zeitungsausschnitte zu bringen, muß sich über diese Art, die jetzt eingeschlagen wird, sehr wundern. Der Konzern ist angeblich von einer politischen Agitation innerhalb der Betriebe „nichts bekannt“. Der „Vorwärts“-Artikel vom Freitagabend „Die Siemens-Betriebe als Verschwörungsherd“ hat bereits schlaglichtartig darauf hingewiesen, wie es in dem einen Konzernwert aussieht. Aus den übrigen Betrieben haben wir ebenfalls Mitteilungen erhalten, wie einzelne führende Persönlichkeiten die völkisch-nationale Bewegung fördern und unterstützen. Es kann festgestellt werden, daß die Personalreferate der einzelnen Werke zum größten Teil in Händen völkischer Personen liegen, die aus ihrer Gesinnung absolut kein Hehl machen. Wenn in der Siemens-Erklärung gesagt worden ist, daß die Firma selbstverständlich Leute, die sich innerhalb des Betriebes politisch betätigen, entfernt, so trifft das nur zu für solche, die den links stehenden Parteien oder aber den freien Gewerkschaften angehören.

Es haben ungefähr 500 bis 600 Offiziere der alten Armee und Marine bei den Siemens-Werken ein neues Tätigkeitsgebiet gefunden. Ein Teil von ihnen bezieht außer dem Gehalt noch Pensionen bis zu 600 Mark von der deutschen Republik. Viele von ihnen sind in leitende Stellen bei der Firma angestellt. Ihre Ausbildung erhalten sie in irgend einem technischen Bureau im Reich, wo sie als Volontäre eingestellt wurden, und rücken dann in Berlin als Bureau- oder Personalchef oder aber als Sozialpolitiker auf. Daß sie teilweise in politisch rechtsorientierten Organisationen sich befinden, ist weiter nicht verwunderlich, sie benutzen auch ihre Stellungen, um Gleichgesinnte zu Stellungen im Konzern zu verhelfen.

Das Ledigenheim, welches im Oktober dieses Jahres fertiggestellt wurde, besteht aus einer Anzahl von Baracken, welche hinter den Werken am Rande der Jungfernheide liegen, man kann sie ruhig als Brutstätte der Völkischen bezeichnen. Es ist von aller Welt abgeschlossen. Die Baracken sind eingeteilt in Zimmer mit zwei und vier Betten. Es sind nur enthalten: 1 Tisch, die entsprechende Anzahl Stühle und Kleiderchränke, wie sie früher in Kasernen üblich waren. Diese Baracken wurden damals bei dem Facharbeitermangel gebraucht, als man aus allen Teilen des Reiches Facharbeiter nach Berlin heranzog. Heute fehlt jede Berechtigung, den Betrieb der Baracken aufrecht zu erhalten. Es wird sich notwendig machen, daß die Polizei ein maßvolles Augenmerk auf diese Art Unterbringungsmöglichkeit richtet.

Wahlabschlag in Ägypten. Unter den Provinzialbürgermeistern ist eine Bewegung im Gange zur Boykottierung der neuen Wahl, welche der Premierminister Nubar Pascha vorbereitet. Im Bezirk Talla sind allein 41 Bürgermeister entlassen worden oder zurückgetreten. Wahrscheinlich wird die Mehrzahl der Bürgermeister in ganz Ägypten zurücktreten.

Keine „Aufdeckung“ in Bulgarien. Aus Sofia werden halbamtlich alle Meldungen über eine angeblich neu entdeckte kommunistische Verschwörung und in diesem Zusammenhang vorgenommenen Verhaftungen als vollkommen falsch erklärt.

## Der goldene Sonntag.

In der Ecke der Bülow- und Potsdamer Straße steht eine Kapelle der Heilsarmee; sie spielt zuerst Märche, dann Weihnachtslieder. Sie achtet nicht auf den schneidenden Wind, auf den Schnee, der sofort schmilzt, die Menschen haben die nervöse Hast und Spannung des Alltags verloren, ihr Denken ist nicht mehr auf ein Ziel gerichtet, sie lassen sich treiben und geben sich ihren Empfindungen hin. Kinder drücken sich an den Schaufenstern die Nasen platt und hoffen vielleicht, daß Weihnachten einen Teil ihrer Wünsche erfüllen wird. Die Geschäftstroken sind überfüllt, doch der Rhythmus ist ein anderer als am Alltag, das Leben verläuft gedämpfter, hat sein Tempo verlangsamt. Ruhe und Gelöstheit sind über die Menschen gekommen. Man ist heute kein Teil der Maschine, man steht außen, man darf das Leben beobachten wie ein Zuschauer im Theater, die Straße wird zur Szene, die man genießen darf. Und dazu die Aussicht auf drei freie Tage. Doch für viele ist die Freude getrübt. Was sollen sie mit Weihnachten? Arbeitslosigkeit oder drohende Entlassung, Geldmangel und wenig Aussicht auf Besserung der Lage sind die Schreckbilder, die keine Freude aufkommen lassen. Die Kinder stehen vor den Schaufenstern und klammern sich an den Anblick elektrischer Züge oder kunstvoller Steinbauten, Paradiese, die den meisten verschlossen bleiben, aber in dem Augenblick des Schauens verlieren sie die Erkenntnis, daß diese Dinge für sie unerreichbar sind, sie nehmen Besitz davon, sie lieben in ihrem Traum, doch der Erwachen bleibt in seiner Sorge eingepfropfen, in einem Schiefer, der unzerbrechbar ist. Der goldene Sonntag und Weihnachten werden für ihn zu Tagen der Enttäuschung.

### Der Geschäftsverlauf.

Die aus Anlaß der Schilderung des silbernen Sonntags hier aufgestellte Behauptung, daß die Offenhaltung der Geschäfte an den Sonntagen vor den Feiertagen die Angestellten zwar erheblich belaste, den Geschäftsinhabern sehr wenig Nutzen bringe, wird durch den Verlauf des goldenen Sonntags erneut bestätigt. Und es ist interessant, daß selbst ein Fachblatt der Textilbranche, welches die Interessen des Einzelhandels wahrnimmt, das Zugeständnis machen muß, daß das große Publikum es vorziehe, an den Wochentagen seine Einkäufe zu machen. Zwar war trotz des starken Schneeeinfalles der Andrang in den Hauptverkehrsstraßen, in der Leipziger, Potsdamer, Tauentzien-, Königs-, wieder riesengroß, aber das Ergebnis in den Kassen der Geschäfte entsprach keineswegs diesem ungeheuren Andrang. Es ist auch ganz natürlich, daß in einer Zeit, in der die Ertragsverhältnisse nur in geringem Maße gezahlt werden, in der die Bezüge der Angestellten und Arbeiter völlig unzulänglich sind, das Heer der Arbeitslosen sich ständig vermehrt, das Ergebnis des Weihnachtsgeschäftes ein sehr ungünstiges sein muß. Es wird nur das allernotwendigste und das Unentbehrlichste gekauft. So war verhältnismäßig viel in den Geschäften zu tun, die Schmoren führen, und auch die Geschäfte, deren Hauptartikel Süßigkeiten sind, waren mit dem Ergebnis einigermaßen zufrieden. In Textilwaren wurden auch wieder, wie am silbernen Sonntag, in der Hauptsache warme Unterleibung, Strümpfe und billige Oberleibung gekauft, Kleidung, die nicht der Mode unterworfen ist. Dagegen war die Ausbeute in den Konfektionsgeschäften und in all den Geschäften, die Luxusartikel führen, sehr gering. Alles in allem ein goldener Sonntag, der als Anzeichen für die trüben Zeiten gelten kann, die uns bevorstehen.

## Tauwetter und Straßenreinigung.

### Keine Einstellung von Arbeitslosen.

Infolge des wiederholten Eintretens von Tauwetter sind die Straßen Groß-Berlins fast ohne Unterschied in ein Meer von Schmutz und Matsch verwandelt worden, so daß der Fußgänger-verkehr auf das allerempfindlichste beeinträchtigt wird. Obwohl bereits in der vorigen Woche lebhaft Klage über unzulängliche Straßenreinigung geführt wurde, waren auch am heutigen Vormittag nur an den wenigsten Stellen Maßnahmen getroffen worden, um die Straßen Berlins, die sich in einem unbeschreiblichen Zustande befinden, von dem Schlamm zu säubern. Der Abwehrkampf gegen Schnee und Schmutz wird aber nicht, wie vielfach geglaubt wird, vom Stadtschulrat, dem die Berliner Straßenreinigung als Zentralstelle obliegt, geführt, sondern von den einzelnen Straßenreinigungsbezirken der 20 Bezirksämter, die im allgemeinen von sich aus die Straßenreinigungsmassnahmen anzuordnen haben. Die Bezirksämter besitzen Anweisungen, die ihnen auf das genaueste die zu treffenden Maßnahmen vorschreiben. Im Laufe des heutigen Vormittags ist das gesamte Stammpersonal der Berliner Straßenreinigung in Stärke von 3000 Mann aufgeboten worden, um den Kampf gegen Schmutz und Schlamm aufzunehmen. Außerdem sind, besonders in den Hauptstraßen, 90 Waschmaschinen zur Reinigung des Asphalt und 80 Kehrmaschinen zur Säuberung der gepflasterten Straßenzüge eingesetzt worden. Arbeitslose sind, wie wir hören, bisher nicht eingestellt worden, da man im Städtischen Stadtschulrat der Meinung ist, daß es beim richtigen und stetigen Einsatz des Stammpersonals und der verfügbaren Hilfsmittel möglich ist, die Arbeit zu bewältigen. Bösig im argen liegen die Verhältnisse vielfach in den äußeren westlichen Vororten, die einen starken Verkehr haben. Von einer Straßen- und Bürgersteigreinigung ist dort manchmal nichts zu spüren.

### Eine Weihnachtsgeschenke für Erwerbslose.

Im Verwaltungsbezirk Friedrichshain wurde schon am Sonntag eine Weihnachtsgeschenke veranstaltet, bei der ein paar hundert Familien Erwerbsloser aus privaten Mitteln beschenkt werden konnten. Dank den Bemühungen des Stadtrats Genossen Brüchner hatte sich auch in diesem Jahr wieder eine Anzahl im Bezirk wohnender Mitglieder aus Handel und Gewerbe bereit finden lassen, selbstlos allerlei nützliche und angenehme Weihnachtsgeschenke zu spenden. Auch die Angestellten der zum Bezirk gehörenden städtischen Badeanstalt an der Schillingstraße beteiligten sich an dem Liebeswert und steuerten zum Ankauf von Geschenken bares Geld bei, das sie unter sich gesammelt hatten. Schwer war die Wahl unter den Familien der, daß so vielen Erwerbslosen, die der Bezirk Friedrichshain zählt, Bedürfnis sind sie alle, aber nur Bedürftigste konnten berücksichtigt werden. Im ganzen wurden über 200 Familien beschenkt, zu denen rund 400 Erwachsene und ziemlich 1000 Kinder gehören. Hauptsächlich gab man warme Kleidung und Wäsche, für die Kinder auch Spielzeug, für die alten Männer etwas zum Rauchen, für die Mütter etliche Tüten mit Bohnen, Oris, Kakaos usw. Die Bescherung wurde in Räumen des Bezirksarbeitsamtes hergerichtet, in dem am Stralauer Platz stehenden Holzbaracken, wo an Wochentagen die Erwerbslosen sich beim Arbeitsnachweis einfinden und in banger Sorge harren, ob endlich Arbeit für sie zu haben sein wird. Da diese Räume nicht die etwa 1400 zu bescherenden Personen gleichzeitig aufnehmen konnten, so hatte man sich darauf beschränken müssen, aus jeder Familie nur eine oder zwei Personen einzuladen, z. B. eins von den Kindern und als Begleiter die Mutter oder den Vater. Für die Eingeladenen wurde beim Lichterglanz zweier Weihnachtsbäume eine Feier veranstaltet, an der auch Mitglieder des Bezirksamtes und der Bezirksversammlung, Beamte und Angestellte des Bezirksarbeitsamtes und Mitglieder des Verwaltungsausschusses teilnahmen. Stadtrat Genosse Brüchner, der Deputierter des Bezirksarbeitsamtes, schloß leider unter den Gästen. Er hat vor einigen Tagen einen bedauerlichen Unfall erlitten und ist nun durch einen Knochenbruch an das Krankenlager gefesselt. Stadtrat Genosse Kossin, der ihn vertrat, erinnerte in seiner Ansprache an die erschreckende Mehrzahl der Arbeitslosen. Nur wer selber einmal durch Arbeitslosigkeit bedrückt wurde, kennt und versteht die Not der auf die Straße Geworfenen, die trotz aller Arbeitsfähigkeit und Arbeitslust vergeblich um Arbeit ringen. Bei den Arbeitslosen, der Frau und

Kinder hungern steht, kommt es schließlich zu einer Verzweiflungsstimmung. Aus ihr erklärt sich dann manches, was so ein immer wieder Enttäuschter und Verbitterter tut. In Worten des Dankes gedachte Genosse Kossin der warmherzigen Spender, die diese Bescherung ermöglicht haben. Den Festteilnehmern wurde auch eine Bewirtung gegeben. Gesangsvorträge des Hegar-Chors, Weihnachtsmusik aus dem Klavier, gemeinsame Lieder und der leidenschaftlich zu den Kindern herzutretende Weihnachtsmann schufen eine freundliche Weihnachtstimmung.

## Der Ausflug auf dem Motorrad.

### Festnahme zweier Sittlichkeitsverbrecher.

Zwei Sittlichkeitsverbrecher, die schon seit längerer Zeit ihr Unwesen besonders im Norden der Stadt trieben, konnten jetzt nach längeren Beobachtungen und Ermittlungen das Handwerk gelegt werden. Beide wurden gestern festgenommen und legten nach anfänglichem Beugnen ein Geständnis ab.

Die erste Anzeige gegen die zunächst noch unbekannteren Verbrecher war im Sommer 1924 erstattet worden. Die Männer hatten ein Mädchen aufgefordert, an einer kleinen Fahrt mit dem Motorrad teilzunehmen und es dann in der Gegend von Wittenau vergewaltigt. Die damaligen Nachforschungen blieben ergebnislos, und es schien, als ob die beiden Rohlänge nie gefasst werden sollten, zumal auch keine weiteren Anzeigen einliefen. Vor zwei Monaten gelang es nun den Kriminalbeamten, in einem Cafe in der Erzbergerstraße einige Anhaltspunkte zu gewinnen, die, weiter verfolgt, zur Aufdeckung des schändlichen Treibens und zur Verhaftung der Verbrecher führten. Es sind dies der 26 Jahre alte Fahrradhändler Karl K. und der 34 Jahre alte Chauffeur Otto R., beide aus der Nauvarber Straße. Die Männer verkehrten in den Cafés der Erzbergerstraße und der Umgebung des Wedding. Dort suchten und fanden sie Bekanntschaften mit Mädchen, die sie bei einem späteren Zusammentreffen einladen, eine Fahrt auf dem Motorrad mitzumachen. Gemeinsamlich, das Mädchen auf dem Sozius, fuhr man nach Wittenau oder Buchholz. In einer abgelegenen Stelle erlitt der Fahrer eine „Panne“, die zum Absteigen nötigte. K. und R. fielen dann über das Mädchen her und vergingen sich an ihm. Auf dem Heimwege nach Berlin nahmen sie ihr Opfer bis zu einer belebteren Straße mit, mähigten plötzlich das Tempo und stießen die Begleiterin vom Sitz herunter. Durch die Ermittlungen der Kriminalpolizei wurde nicht nur der Fall aus dem Sommer 1924 aufgeklärt, sondern noch zwei andere, die K. allein zur Last fallen. Die Mädchen hatten aus Scham keine Anzeige erstattet. Bei einer dieser Fahrten war K. allerdings an die Unrechte gekommen. Das Mädchen schlug so tapfer auf ihn ein, daß er von ihr abließ und schlüpfte. Ein anderes Mal beobachteten die Insassen eines Privatwagens, wie K. das ihn begleitende Mädchen vom Sitz stieß. Nur durch sein unwahrscheinliches Tempo gelang es ihm damals, sich der Verfolgung zu entziehen. Trotz ihrer Schandtat verkehrten sie immer wieder in denselben Lokalen, in denen sie die Mädchen kennengelernt hatten. Sie rechneten damit, daß sich diese dort nicht mehr sehen lassen würden und täuschten sich darin auch nicht. Die Festgenommenen geben selbstverständlich nur die drei Fälle zu, die ihnen nachgemessen wurden. Zweifellos haben sie aber noch mehr auf dem Kerbholz. Alle Mädchen, die ähnliche Erlebnisse mit den beiden Burken gehabt haben, werden daher ersucht, sich bei Kriminalkommissar Johannes Müller im Zimmer 330 des Polizeipräsidiums zu melden. Es wird ihnen strengste Verschwiegenheit zugesichert.

### Der Prozeß gegen die Gräfin Bothmer.

Am 110 Uhr eröffnete Landgerichtsdirektor Dr. Hellwig die Sitzung. Zeuge Landgerichtspräsident a. D. Otto Ried, 83 Jahre alt, schilderte, wie sich die Angeklagte in aufopfernder Weise um seine verstorbene Frau in ihrer Krankheit bemüht habe. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Gräfin ihn einmal belogen, äußerte sich Präsident Ried: „Ich stehe hier unter Eid, und ich bin gezwungen, die Wahrheit zu sagen.“ Die Gräfin hat am Krankenbett meiner Frau ein Schriftstück angefertigt in Form eines Schuldscheines, wonach meine Frau gesteht, daß sie eine Schuld von 300 M. hinterlasse. Sie beauftragt darin die Angeklagte, diese peinliche Angelegenheit zu regeln. „Lori (die Gräfin)“, so heißt es darin, „soll das Geld leihen. Ich kann nicht schlafen vor Sorge. Selbst mir doch das Geld. Ich bin alt und krank. Lebt wohl. Euer Aloisbaldchen. 24. März 1924.“ Das Schriftstück trägt auch die Unterschrift einer leiblichen Schwester Veronika. Diese mysteriöse Angelegenheit löst große Bewegung im Gerichtssaal aus. Präsident Ried bezeichnet diesen Brief als ein Lügenmanöver der Gräfin, um in den Besitz von Geld zu gelangen, denn man hat ihr tatsächlich darauf Geld geborgt. Seine verstorbene Frau hätte nicht nötig gehabt, Schulden zu machen.

### Erfroren.

Einen traurigen Fund machten am Sonntag mittig Spaziergänger im Jagd 85 der Wannseeer Forst. Ungefähr 120 Meter von der Insel-Chaussee entfernt, entdeckten sie in einer Schöpfung die Leiche eines jungen Mädchens, die völlig steif gefroren war. Eine vorläufige Besichtigung der Leiche ergab keine Anhaltspunkte dafür, daß an dem Mädchen ein Verbrechen verübt worden ist. Wahrscheinlich hat es sich in der Dunkelheit verirrt, ist ermüdet eingeschlafen und erstarrt. Es ist aber auch möglich, daß es durch Einnehmen von Gift Selbstmord verübt hat. Bösige Klarheit über diese Fragen kann erst die Obduktion bringen. Die Leiche ist etwa 16-18 Jahre alt, 1,65 Meter groß, hat braune Augen und dunkelblondes Haar, das sie in einer Schneefrisur trug. Bekleidet war sie mit einem schwarzen Tuchmantel, einem braunen Kleid mit schmalen schwarzen Ledergürtel, einem lila Schläpfer und ausgeschnittenen schwarzen Schuhen, sogenanntem Pumps. Die Leiche wurde nach dem Zehlendorfer Schauhause gebracht. Mitteilungen zur Feststellung der Persönlichkeit an Kriminalkommissar Gahmig, Vermittlungszentrale im Polizeipräsidium.

### Verkehrsstörungen durch Schnee.

Aus dem ganzen Reich werden starke Schneefälle und Stürme gemeldet, die in verschiedenen Gegenden zu starken Verkehrsstörungen führten. So wird aus dem Harz gemeldet, daß die Züge zwischen Klausthal und Altenau mehrfach in Schneeberwehungen stecken geblieben sind und durch Schneepflüge freigemacht werden mußten. Nach Weidungen aus Lübeck war der Berliner Schnellzug, der nachmittags 4,15 Uhr in Lübeck abgeht, bis 7,30 Uhr abends noch nicht in Kiel angekommen. Der Zugverkehr auf Strecke Cuxin-Lübeck mußte vollständig eingestellt werden. Auch aus Pommern werden Sturm und Schneegestöber gemeldet. Auf allen Eisenbahnstrecken kann nur durch den Einfluß von Schneeschichten der Verkehr notdürftig aufrechterhalten werden. Der Mittagzug zwischen Raugard und Daber blieb bei Plentkow im Schnee stecken. Auch der Fernsprechtbetrieb erleidet durch die Schneefälle starke Störungen.

Schweres Autounfall bei Lübeck. In der Nacht vom Sonntag zum Montag ereignete sich auf der Lübeck-Trade-Münder Landstraße ein schweres Autounfall. Infolge starken Schneetreibens sah der Chauffeur nicht, daß auf der Chaussee, die über einen Kanal führt, eine Schranke wegen eines durchfahrenden Dampfers geschlossen war. Als die rote Signallaterne bemerkt wurde, konnte der schwere Benzwagen nicht schnell genug zum Stehen gebracht werden, durchfuhr die Schranke, überschlug sich und fiel auf die etwa 10 Meter tiefe Kanalschiffung hinab. Der Wagen wurde völlig zertrümmert. Die Insassen wurden später tot aufgefunden.

Millionenpenden der New Yorker Börse. Wie aus New York gemeldet wird, will die New Yorker Börse anlässlich des Weihnachtstages ungefähr 50 Millionen Dollar an verschiedene New Yorker Wohltätigkeitsvereinigungen zur Verteilung bringen. Außerdem sollen den Aktionären 100 Millionen Dollar als Sonderdividende überzinsen werden.

# Ausperrungstaktik der Unternehmer.

## Freitische für Unorganisierte.

Die Behandlung der unorganisierten Arbeiter bei Streiks und Ausperrungen macht den Unternehmern außerordentlich viel Sorge. Es bestehen nicht nur zwischen den mächtigen Großfabrikanten und den weniger einflussreichen Mitgliedern in ihren Verbänden Differenzen, weil sich die Kleinen unter dem Diktat der Großen nicht sehr wohl fühlen. Vor allen Dingen bei den Ausperrungen möchten die kleineren und mittleren Fabrikanten nicht nach der Pfeife der Großen tanzen. Das ist verständlich, denn allzu viel Unternehmer haben die Ausperrungstaktik der Unternehmerverbände schon recht bitter empfunden. Die Folge war, daß sich unter der Hand eine Kommission dieser kleineren Fabrikanten bildete, um eine Satzungsänderung im Gesamtverband deutscher Metallindustrieller durchzubringen, die dahin geht, daß sich Unternehmer mit unorganisierten durchschnittlich 100 Arbeitern zu einer besonderen Vertrauensgemeinschaft gegenüber den Arbeitern zusammenschließen können. Vor Ausbruch von Streitigkeiten (Streik oder Ausperrung) muß jedesmal eine Fühlungnahme mit der anderen Gruppe eintreten, ob ein Zusammengehen beider Gruppen oder eine anderweitige Unterstützung der kämpfenden Gruppe erforderlich ist. Der Vorstand und Beirat des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller hat diesen Antrag zurückgewiesen, weil er in einer solchen Satzungsänderung die Auflösung des Verbandes sieht. Auch in Zukunft müssen also die kleinen Unternehmer nach der Pfeife der Großen tanzen.

Im Hintergrund dieses Antrags handelt es sich aber darum, ob bei beschlossenen Ausperrungen auch die Unorganisierten hinausgeworfen werden sollen. Wiederholt haben sich bereits Unternehmer geweigert, die restlose Ausperrung durchzuführen, u. a. die Metallindustriellen in Niederösterreich im Mai 1925. Bei der letzten Holzarbeiterbewegung hat sich der Landesverband Schlesiens ebenfalls geweigert, die unorganisierten Arbeiter auszusperren. Und als dennoch im späteren Stadium des Kampfes dieser Landesverband die restlose Ausperrung beschloß, da folgte einfach ein Teil der Unternehmer nicht. Die schlesischen Metallindustriellen weigerten sich mit der Begründung, daß sie auf keinen Fall die Erziehungsarbeit der letzten Jahre zunichte machen lassen wollten. Aber das nützt alles nichts; der Gesamtverband stellt sich auf den Standpunkt, daß bei Ausperrungen alles hinaus muß, ganz gleich, ob organisiert oder nicht. Dafür werden eine Reihe von Gründen ins Feld geführt, die sich vor allen Dingen die Unorganisierten merken müssen.

Erfstens haben die Unternehmer keine genaue Uebersicht, wer von den Arbeitern organisiert oder unorganisiert ist. Würden sie die letzteren im Falle einer Ausperrung weiterbeschäftigen, so sind sie nicht sicher, daß auch ein Teil der Organisierten weiterbeschäftigt wird, der sich im Einverständnis mit den Gewerkschaften für unorganisiert ausgibt und dadurch in der Lage ist, die Streitenden kräftig zu unterstützen. Das ist das wesentlichste Moment. Wenn solche genauen Unterscheidungen auch in den kleineren Betrieben möglich sind, ausschlaggebend bleiben doch die Großbetriebe.

Zweitens: Die Ausperrung der Unorganisierten bedeutet, so jedes einem für den einzelnen tut, doch eine Abkürzung des Kampfes; denn die Leute bekommen keine Unterstützung von der Gewerkschaft; sie werden höchstens aus der Armenfürsorge geringfügig unterstützt, was aber zum Leben nicht reicht; sie werden infolge dessen Unzufriedenheit in die Reihen der Streikenden und Ausgesperrten tragen und dadurch die Front der Arbeitnehmer schwächen. Man muß, wenn man schon einmal schlägt, dann den Schlag auch wirkungsvoll gefolgt, und das geschieht mit dadurch, daß man restlos die Arbeiter entläßt.

Drittens haben die Unternehmer auch noch die andere Sorge, daß nach einer Beendigung des Kampfes kein lebenswürdiges Verhältnis zwischen den Organisierten und den Streikbrechern im Betrieb herrschen könnte. Es scheint, daß ihnen die Organisierten, weil in der Regel die besseren Arbeiter, doch lieber sind als die Streikbrecher. Und alle diese Gründe müssen beweisen, daß die

### Ausperrung auch der Unorganisierten

notwendig ist. Man sieht hier deutlich die Routine, welche die Unternehmer bei der Behandlung der Unorganisierten verfolgen. Zuerst suchen sie mit allen Mitteln die Arbeiter zu „erziehen“, daß sie aus der Gewerkschaft herausgehen. Und diejenigen, die dumm genug sind, auf solches Liebeswerben hereinzufallen im Vertrauen auf die besondere Anerkennung des Unternehmers, müssen gemahnt werden, daß sie bei Ausperrungen genau so hinausfliegen wie die Organisierten auch. Nur daß sie sich dann in unendlich viel größerer Not befinden, da sie auf Hilfe durch die Gewerkschaften nicht rechnen können.

Das Verhalten der Unternehmer gegen diese Unorganisierten ist moralisch überhaupt nicht zu bewerten. Nachdem sie aus der Gewerkschaft heraus „erzogen“ sind, stürzt man sie bei Arbeitskämpfen mit Absicht in die bitterste Not. Denn es soll ja dadurch, daß diese Leute dann der Armenfürsorge anheimfallen und Beträge erhalten, die zum Sterben zuviel und zum Leben zu wenig sind, die Front der Arbeiter zermürbt werden. Daß diese Spekulationsart falsch ist, darüber sollten sich die Unternehmer merken; eine Täuschung hingegen u. Umgekehrt aber sollten auch die Unorganisierten einsehen, wie erbärmlich sich doch die Unternehmer zeigen, wenn es einmal darauf ankommt, ihren Schülern etwas zuzuwenden.

Doch nein, ganz ohne Hilfe will man die Unorganisierten auch nicht lassen, und so wird den Unternehmern freigestellt, für die Unorganisierten bei Ausperrungen durch

### Bereitstellung von Freitischen

zu sorgen. So hat es im Verjahre der Eisenhüttenverband in Niederösterreich bei einer Ausperrung gemacht. Betteisuppen für die Unorganisierten. Das ist der einzige Lohn, den die Unternehmer für den Verrat der Unorganisierten an ihren Arbeitskollegen geben wollen. Für solche Freitische sollen die Unorganisierten die Unternehmer vor der Zahlung höherer Löhne bewahren. Es ist notwendig, daß die Unorganisierten gründlicher bekannt gemacht werden mit der Rolle, die die Unternehmer ihnen zugehört haben.

Man glaube nicht, daß unsere Schilderung ein Phantasieprodukt sei. Auf der Geschäftsführerkonferenz der Bezirksverbände des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller in München sollte der Syndikus Dr. Reuhaus aus Gorkich ein Referat halten über die Behandlung unorganisierter Arbeiter bei Streiks und Ausperrungen. Da er verhindert war, ist das Referat schriftlich niedergelegt und an die Bezirksverbände durch den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller am 27. November 1925 verandt worden. Allerdings wäre Herr Reuhaus dankbar, wenn man auch noch andere Mittel und Wege zeigen könnte, um Unorganisierte ohne Schaden für den Gesamtkampf von einer Ausperrung auszunehmen. Doch werden die Arbeiter dabei auch ein Wortchen mitreden, und es wird schon dabei bleiben, daß in der Tat für ein Viniengericht den Unorganisierten zugemutet wird, die Unternehmer zu schützen vor der Zahlung besserer Löhne. Ob sich die Unorganisierten das auf die Dauer gefallen lassen werden, ist ihre Sache. Es will uns aber doch dünken, daß bei gehöriger Aufklärung auch der einfältigste Unorganisierte das „Wohlwollen“ der Unternehmer für ihn erkennt, sich für die Betteisuppen bedankt und sich seiner Gewerkschaft anschließt.

### Um die Verhandlungen im Reichsbahnbetrieb.

Die Eisenbahngewerkschaften waren am Sonnabend abends bei dem Reichsarbeitsminister vorstellig geworden, um die Einleitung von Schlichtungsverhandlungen nach vor Weihnachten sicherzustellen. Das Ministerium hat verschiedene Persönlichkeiten als Schlichter vorgeschlagen. Da vor der Ernennung eine Einigung der beiden Parteien auf einen Schlichter hergestellt sein muß, werden die Organisationen der Eisenbahner heute Montag mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn-Gesellschaft in Verbindung treten. Es liegt jetzt in erster Linie bei der Reichsbahn-Gesellschaft, keine weiteren Schwierigkeiten in der Personennfrage zu machen. Jedenfalls werden die Organisationen alles versuchen, daß die Verhandlungen noch vor Weihnachten stattfinden.

### Aus dem Lager der „Einheitsfront“.

Mit der Ueberschrift: „Kaiser vollzieht den Bruch mit dem Zentralvorstand des V. d. a. B.“ hat „Die Rote Fahne am Montag“ ihren Bericht über die Berliner Generalsammlung des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter am Sonntag versehen. Namens der Funktionäre dieser kommunistischen Sonderorganisation legte Kaiser Richtlinien für die zukünftige Arbeit des Vereines vor. Der Wortlaut dieser Richtlinien wird in dem Bericht nicht angegeben, vielmehr deren Tendenz charakterisiert, die 1. nur ein Lippenbekenntnis für die „oppositionelle Gewerkschaftsbewegung“ und für das Zusammenwirken mit der SPD. bedeuteten, 2. sich gegen das Zusammenwirken mit der SPD. in der Frage der Gewerkschaftseinheit richteten, 3. eine vollständige Abgabe an den Zentralvorstand des V. d. a. B. enthielten, 4. Propaganda in diesem Sinne auch im Reichsmassstab dieses Verbandes forderten, sowie 5. den Beitritt zum Kartell selbständiger Verbände und 6. die Abstoßung aller Mitglieder, die für die Herstellung der Gewerkschaftseinheit wirkten.

Den Zentralvorstand des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter hat die SPD. in Händen, die diesen Verband als Trumpf gegen den Bauarbeiterbund ausspielt. Die im Kartell der Inhaber eines eigenen Lebens verbundenen kommunistischen „Gewerkschaftsführer“ erblicken in der „Einheitsfront“-Propaganda der SPD. eine ständige Bedrohung ihrer Existenz, gegen die sie sich zu wehren suchen.

„Die gesamte Berliner Arbeiterschaft“ wird nun in der „Roten Fahne“ aufgefordert, die Verteidigungslinie, die Kaiser gezogen habe, zurückzuweisen, da sie nicht Stärkung, sondern Schwächung der Klassenfront bedeute. Das ist sehr unvorsichtig von der SPD. Denn nicht nur die von ihr ausgepöpelten gewerkschaftlichen Sonderorganisationen bedeuten keine Stärkung der Klassenfront, sondern auch die SPD. selber mit all ihren wechselnden „Linien“ bedeutet nichts anderes als eine Schwächung der Klassenfront in Deutschland. Die gesamte deutsche Arbeiterschaft muß die SPD. Linien zurückzuweisen und von der SPD. fordern, daß sie aus ihrer Parole gegen die Kaisergruppe und die übrigen „selbständigen Verbände“ die sich für sie selber daraus ergebende Konsequenz ziehen soll.

### Keine Entlassungen in der Schokoladenindustrie.

Aus Hamburg hatten wir in Nr. 508 des „Vorwärts“ berichtet, daß die Reinhardt-Werke in Wandsbek fast ihre ganze Belegschaft entlassen habe. Die Kalao-Kompagnie Theodor Reinhardt in Wandsbek läßt nunmehr durch SWB. richtig stellen, daß die Gerüchte über Arbeiterentlassungen vollkommen unzutreffend seien. Es werde nur die übliche Weihnachtspause zur Ueberholung der Maschinen eingelegt, die sich dieses Jahr ausnahmsweise etwas länger ausdehnen werde, weil es sich nicht lohne, in den zwischen Weihnachten und Neujahr liegenden Werktagen die Kessel unter Feuer zu halten. Am 4. Januar würden sämtliche Arbeiter weiter beschäftigt.

### Uchtung, SPD.-Betriebsvertrauensleute!

Der „Kämpfer“ Nr. 19 ist fertiggestellt und kann im Bureau, Einbecker Str. 2, Hof 2, in Empfang genommen werden. Besonders die Vertreter der Klein- und Mittelbetriebe werden ersucht, rechtzeitige Abnahmen. Vertretung des SPD.-Betriebsverbandes Berlin des SPD.-Betriebsvertrauensleute.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 19. Kreis Pantow-Niederbarnheuser: Die Mitglieder des Wählerkreises Pantow in den Kreisen Pantow-Niederbarnheuser, Pantow: Breite Straße 16, Niederbarnheuser: Kaiser-Wilhelm-Str. 24, in Empfang nehmen.
- 24. Bd. Die neuen Wählerkreislösungen müssen sofort bis zum Mittwoch, dem 23. Dezember die Kreislösungen des Bd. Pantow, Reppentanzstraße 4.

### Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

23. Bd. Unter G. Hoffe Karl Berner, Auguststr. 142, ist verstorben. — Einbürgerung Dienstag, den 23. Dezember, mittags 12½ Uhr im Krematorium, Gerichtstraße. Wir erwarten rege Beteiligung.

### Sport.

#### Eishockey Wien: Berlin.

Eine interessante Unterbrechung fand das gleichmäßige Gemäch auf der blanken Eisfläche des Sportpalastes am Sonnabend und Sonntag durch das internationale Eishockeyturnier Wien: Berlin. Am Sonnabend standen sich die Mannschaften des „Wiener Eislauf-Vereins“ und des „Sportklubs Charlottenburg“ gegenüber. Bereits nach den ersten Minuten trat die haushausige Ueberlegenheit der Wiener zutage, die in ihren Stürmerreihen den Kanadier Watson hatten. Die Technik Watsons spiegelte sich in der Komplexität der übrigen Wiener Mannschaft wieder: schnelles Kombinationspiel und eine ausgezeichnete Schußfertigkeit. Wien konnte mit 10 Toren in die Halbzeit gehen. Der zweite Teil des Eiskampfes zeigte die Berliner Mannschaft etwas besser, doch gelang es ihr nicht einmal das Ehrentor zu schießen. Der Kampf endete mit 17:0 für Wien.

Am Sonntag glänzten die Wiener wieder durch saures und erstklassiges Zusammenspiel. Die Berliner Mannschaft spielte in der ersten Hälfte reichlich nervös und mußte sich viel auf die Verteidigung beschränken. Bei Halbzeit war der Stand des Wettkampfes 1:0 für Wien. Nachdem in der zweiten Hälfte Wien bereits 3 Tore für sich buchen konnte, begann sich Berlin seines guten Namens und legte sich mächtig ins Zeug. Dreimal bröhten die Scheide ins Wiener Tor, und der Beifall beim Ausgleich war riesengroß. Doch noch kurz vor Schluß gelang es Watson, nach einem fabelhaften Durchbruch, das vierte und Siegestor, zu schießen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Kruter; Wirtschaft: Kurt Göttern; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: R. S. Böhmer; Soziales und Sonstiges: Fritz Kahlert; Anzeigen: E. G. Götter; Journalistik: Berlin; Verlage: Bornemann-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Bornemann-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

**12<sup>50</sup>** wöchentl. STANDARD QUALITÄT **Piano direkt** Demusin-Piano-Fabrik **50 M. Monats-RATEN**  
M. für ein **890 M. EINHEITS-KASSA-GRUND-PREIS 890 M.**  
5 JAHRE schriftliche FABRIK-Garantie  
Berlin O 27, Blumenstraße 70  
a. d. Markusstraße. Verkauf in der Fabrik 9-1  
Besuchen Sie uns!

**Theater, Lichtspiele usw.**  
Deutsches Theater  
Der Kreidekreis  
Kammerspiele  
Sechs Personen suchen einen Autor  
Die Komödie  
Gesellschaft  
Berliner Theater  
Messalinette

Allerfeinste, garantiert reine **Naturbutter**  
**Pless-Butter**  
Überall erhältlich.

**Elite-Sänger**  
Kottbuser Str. 4 - Tel. Npt. 1077  
Tägliche 8 Uhr, auch Sonntag nach 3 Uhr (zu halben Preisen)  
Weihnachts-Spielplan:  
An allen 3 Feiertagen Nachmittags-11 Uhr Vorstellung zu halben Preisen mit 1000  
Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**

Rein Messing mit 60% Seidenschirm 4 fig. Mit 60% Seidenschirm mit Brokatbesatz  
**Beleuchtungskörper**  
aus Holz, Metall und Spide  
Willy Rudolf  
BERLIN S. 42  
Ritterstr. 24  
Ampeln, Schalen, Rauchtische

**Bekleidungsstücke, Wäsche usw.**  
Wollstoffe 6,50, Seidenschleier 1,25, Seidenstoffe 8,50, Wintermäntel 2,20, Gortlein, Annelienstr. 122.  
**Musikinstrumente**  
Vianos preiswert, Klaviermodelle, Ein-Ornamenttröte 35.  
Ein Viano kaufen Sie sicher preiswert und soll bei bequemer Zahlungsweise in der Kassenkreditkasse der ersten Musikfabrik Europas, bisher wurden über 140.000 Instrumente verkauft. Ein großer Teil der Beliebtheit der Kassenkredit-Instrumente. Katalog Nr. 27.  
**Kaufgesuche**  
Kaufgesuche laut Einheitspreis Nr. 14.  
**Verschiedenes**  
Gerberei, Reutlin, Urin-Bandier, Nr. 27/28.

**Ph. Brand & Co.** Weingroßhandlung gear. 1896  
Berlin SW 68, Lindenstraße 3 (V) ♦ empfehlen als besonders preiswert: 1924 er Kirschweiler Neugarten, guter Pfälzer Tischwein M. 0,80 die Flasche ohne Glas und ohne Steuer  
in Hause des Vorwärtsgebäudes, Dönhoff 1200-1201 ♦ Preisliste zu Diensten